

V-18 Abschiebestopp für Êzîd*innen, sofort!

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-
Tempelhof/Schöneberg)

Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK
behandelt werden

1 Noch immer werden nach Deutschland geflüchtete Êzîd*innen in die Regionen
2 abgeschoben, aus
3 denen sie vor einem grausamen Genozid geflohen sind, meistens in den Irak. Bis
Ende Oktober
2023 wurden bundesweit schon 164 Êzîd*innen abgeschoben.

4 Vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag erst im Januar 2023 den durch
5 den
6 sogenannten "Islamischen Staat" im Jahr 2014 verübten Genozid an den Êzîd*innen
7 anerkannt
8 und die an ihnen ausgeübten Gewalttaten wie Vergewaltigung, Verschleppung,
Versklavung und
Ermordung aufs Schärfste verurteilt hat, ist diese Entwicklung katastrophal und
verantwortungslos.

9 Die Bundesregierung hatte mit Verweis auf die Anerkennung des Genozids noch im
10 März 2023 in
11 einer Antwort auf eine kleine Anfrage erklärt: "Dieser Personengruppe ist es
12 [...] nicht
13 zumutbar, in den früheren Verfolgerstaat zurückzukehren." Nach Ansicht von
Bündnis 90/Die
Grünen Berlin hat sich daran in den letzten Monaten nichts verändert, es bleibt
weiterhin
unzumutbar Êzîd*innen abzuschieben.

14 Vor diesen Hintergründen verurteilt Bündnis 90/Die Grünen Berlin die
15 Abschiebungen aller
16 Êzîd*innen und fordert die Berliner Landesregierung dazu auf, ihre Möglichkeiten
17 als Land zu
18 nutzen und einen landesweiten Abschiebestopp zu erlassen. Die Ministerin für
19 Flucht in
Nordrhein-Westfalen, Josefine Paul, hat bereits einen solchen Abschiebestopp für
ezîdische

Frauen und Kinder erlassen. Das begrüßen wir, fordern aber weitergehend in Berlin einen

Abschiebestopp für alle Êzîd*innen, unabhängig von Alter und geschlechtlicher Zuschreibung.

20 Ein Antrag der Berliner Linken im Abgeordnetenhaus hierzu wurde nach einer
21 Plenarsitzung im

22 März an den Innenausschuss überwiesen. Wir hoffen, dass dieser die Beratungen
23 schnell

24 beendet und der Abschiebestopp bald im Plenum bestätigt wird. Argumente der
25 Regierungsfractionen, dass gerade keine Abschiebungen von Êzîd*innen aus Berlin
26 stattfinden

würden und es deshalb keinen Abschiebestopp bräuchte, lassen wir nicht gelten. Es
braucht

die Gewissheit und Rechtssicherheit für Betroffene. Außerdem wäre ein
landesweiter

Abschiebestopp ein Zeichen in der bundespolitischen Debatte.

27 Den bereits abgeschobenen Menschen muss sofort die Rückkehr nach Deutschland
28 ermöglicht

29 werden. Sie müssen bei der Rückkehr unterstützt werden, damit sie
schnellstmöglich wieder in
Sicherheit gelangen.

30 Klar bleibt aber: Langfristige Sicherheit kann es nur durch eine bundesweite
31 Lösung geben,

32 die Bundesinnenministerin Nancy Faeser weiterhin verweigert. Es ist in ihrer
33 Verantwortung,

eine bundesweit einheitliche und rechtlich sichere Regelung zum Schutz der
Êzîd*innen zu
erarbeiten.

34 Damit bekräftigen wir noch einmal den Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz
35 von Bündnis

36 90/Die Grünen im November, der dies bereits festgehalten hat. Auch die
37 Bundestagsfraktion

von Bündnis 90/Die Grünen hat bereits Vorschläge für eine solche rechtssichere
Lösung
vorgelegt.

38 Dass auf dem letzten Bundesparteitag der SPD ein Antrag im Sinne der Sicherheit
39 der

40 Êzîd*innen abgelehnt wurde, bedauern wir sehr. Eine bundesweite Lösung ist aus
41 Sicht von

42 Bündnis 90/Die Grünen Berlin absolut notwendig. Deshalb fordern wir von unseren

Berliner

Amts- und Mandatsträger*innen sich gegenüber Nancy Faeser und der Bundesregierung dafür

stark zu machen. Auch den Berliner Senat fordern wir hierzu auf.

43 Die hierher geflohenen Êzîd*innen haben sich inzwischen ein Leben in Berlin und
44 auch im Rest
45 von Deutschland aufgebaut und sollten sich gerade nach den traumatischen
46 Erfahrungen, die
47 sie durchleben mussten, hier sicher fühlen können. Die ständige Angst vor einer
48 Abschiebung
führt zu Retraumatisierung und erschwert den Aufbau eines neuen Lebens enorm. Sie
trotz des
verübten Genozids und des damit einhergehenden kollektiven Traumas abzuschieben,
widerspricht den Grundsätzen der Humanität.

Unterstützer*innen

Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)